

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Staatssekretär Hans de  
With MdB fordert eine  
stärkere Integration der  
EG-Rechtspolitik.

Seite 1-3

Der Hamburger SPD-Frak-  
tionsvorsitzende Ulrich  
Hartmann sieht für seine  
Partei gute Chancen bei  
den Bürgerschaftswahlen.

Seite 4/5

Bilanz nach zehn Jahren:  
Die Gesamtschulen haben  
sich bewährt.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 86

8. Mai 1978

Europäisches Parlament fordert engagiertere EG-  
Rechtspolitik

-----  
Bemerkungen zur rechtspolitischen Entschließung des  
Europäischen Parlaments

Von Dr. Hans de With MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der  
Justiz

Die dynamische Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft  
(EG) hat auch vor dem Justizsektor nicht haltgemacht. Zuneh-  
mend werden die Zuständigkeitsbereiche der Justizminister  
von Richtlinien- und Verordnungsvorschlägen der Kommission  
der EG berührt. Die angestrebte Europäische Union fordert  
außerdem die gezielte Förderung des EG-Rechts über seine  
instrumentale Funktion hinaus, damit eine Rechtsunion Grund-  
lage des beschlossenen politischen Zusammenschlusses werden  
kann.

Dies hat das Europäische Parlament Anfang April dieses Jahres  
bewogen, aus Anlaß mündlicher Anfragen und eines Entschlies-  
sungsantrags der Sozialistischen Fraktion in einer ausführ-  
lichen Debatte die EG-Rechtspolitik zu diskutieren. In ihren  
an Rat und Kommission gerichteten Anfragen forderten die  
Abgeordneten Auskunft über den Stand der Harmonisierung des  
Gesellschaftsrechts und zeigten sich vor allem interessiert  
an weiteren Ratstagungen in der Zusammensetzung der Justiz-  
minister.

Während Räte in der Zusammensetzung der Außen-, Wirtschafts-,  
Finanz-, Agrar-, Arbeits-, Wissenschafts- und Verkehrsmini-  
ster regelmäßig abgehalten werden, hat es seit Beginn der  
EG erst zwei Justizministerräte - beide unter französischem  
Vorsitz - gegeben, 1971 in Luxemburg und 1974 in Brüssel.

Der dänische Außenminister Andersen versicherte als amtieren-  
der Ratspräsident in seiner Antwort auf die dem Rat gestellte

Anfrage, daß noch in diesem Jahr ein weiterer EG-Justizministerrat beabsichtigt sei. Da im 2. Halbjahr 1978 Deutschland die Präsidentschaft in der EG übernimmt, wird es unsere Aufgabe sein, alles zu tun, um die EG-Rechtspolitik in der vom Europäischen Parlament gewünschten Weise zu fördern.

In seiner EntschlieÙung drückt das Europäische Parlament u.a. seine Besorgnis aus über den Stand der EG-Arbeiten "auf den Gebieten des Zivilrechts, des Verbraucherschutzes, des Vollstreckungsrechts, des Gesellschaftsrechts, des Wertpapierrechts, des Wettbewerbs- und Urheberrechts sowie des Versicherungsrechts". Es beklagt, daß erst zweimal ein Justizministerrat stattgefunden hat und fordert Rat und Kommission auf, die Arbeiten in den genannten Bereichen zu intensivieren. Nun mag man bei näherer Betrachtung der einzelnen noch in der Beratung befindlichen Entwürfe zu der Auffassung gelangen, daß raschere Fortschritte aus fachlichen oder politischen Gründen nicht möglich waren.

Es bleibt jedoch der Eindruck, daß die EG-Rechtspolitik zumindest in den Augen des Europäischen Parlaments, wenn nicht sogar weithin in der Öffentlichkeit, als hinter den sonstigen Integrationsfortschritten zurückgeblieben erscheint. Dies muß alle verantwortlichen Stellen aufhorchen lassen. Das Parlament hat recht, wenn es meint, daß ein - vermeintlicher oder wirklicher - Rückstand auf dem Justizsektor die Gemeinschaftsbürger in ihrem Interesse an der Direktwahl zum Europäischen Parlament ungünstig beeinflussen könnte. Auch die vom Parlament hervorgehobene Notwendigkeit, "vor der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft eine rechtspolitische Konsolidierung zu erreichen", kann nur unterstrichen werden.

Wer schließlich das Interesse der Öffentlichkeit an allen Fragen der Grund- und Bürgerrechte richtig einschätzt, wird es auch begrüßen, daß das Parlament in seiner rechtspolitischen EntschlieÙung diesen im Gemeinschaftsrecht noch nicht hinreichend gesicherten Bereich besonders eindringlich behandelt und die Einberufung einer "Table Ronde" beschlossen hat, einer Kommission aus Vertretern der Organe der Gemeinschaft, der Parlamente der Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments, die eine "EG-Charta der Bürgerrechte" entwerfen soll.

Die rechtspolitische EntschlieÙung des Europäischen Parlaments verdient volle Beachtung. Die Reaktion der zuständigen EG-Organe und der Mitgliedstaaten auf

die Forderungen des Parlaments wird ein Prüfstein sein für den Integrationswillen der Staaten, auch im Hinblick auf die kommenden unmittelbaren Wahlen zum Europäischen Parlament.

Auf deutsche Initiative hat eine Arbeitsgruppe in Brüssel soeben mit den Vorbereitungen eines 3. EG-Justizministerrats begonnen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Kommission und einzelne Partnerstaaten rechtspolitischen Initiativen zum Teil noch reserviert gegenüberstehen. Die nur punktuell zu verwirklichende Rechtsunion verlangt einen langen Atem. Die Schritte auf sie zu mögen klein sein, sie sind aber auch, wenn sie einmal vollzogen sind, rechtlich gegenüber politischem Wetterwechsel abgesichert. Wichtig ist, daß die von vielen Arbeitsgruppen im Rahmen der Kommission und des Rats geleistete Kleinarbeit integriert wird in ein politisches Gesamtkonzept, für das der Ministerrat in der Zusammensetzung der Justizminister die Verantwortung trägt.

Hinzu kommt, daß einer engen justizpolitischen Zusammenarbeit der Neun auch außerhalb der EG-Kompetenzen immer mehr Bedeutung zukommt. Schon die gemeinsame Ausarbeitung von flankierenden völkerrechtlichen Abkommen, die das Gemeinschaftsrecht ergänzen, fordert diese Kooperation. Darüber hinaus bietet sich der in langen Jahren gewachsene enge Zusammenhalt der EG-Mitgliedstaaten auch als Rahmen für eine engere Zusammenarbeit anderen Bereichen des Rechts an. Die Bekämpfung des Terrorismus ist hierfür ein Beispiel. Schon bei den früheren Justizministerräten behandelten die Minister daher auch außerhalb der EG-Kompetenz liegende gemeinsam interessierende Fragen im Rahmen der "Konferenz der im Rat vereinigten Justizminister".

Die EG steht vor einer neuen Beitrittswelle. Sie wird sie ohne Einbuße an Integrationsstand nur bewältigen, wenn das Gemeinschaftsrecht als gemeinsame Basis ausgebaut und dabei auch der EG-Rechtspolitik der ihr gebührende Stellenwert eingeräumt wird.

(-/8.5.1978/ks/10)

+ + +

Wahlkampf in Hamburg  
-----

SPD hat gute Chance, das Wahlergebnis von 1974 zu verbessern

Von Ulrich Hartmann

Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft

Der Kampf um die Stimmen der Wähler wurde in Hamburg bereits acht Monate vor dem Urnengang von seiten der oppositionellen CDU und dem Koalitionspartner FDP eröffnet. In seltener Eintracht versuchten beide, den von der Regierungsmehrheit beschlossenen Wahltermin 4. Juni durch eilig beschlossene Wahlgesetze zu ihren Gunsten vorzulegen. Erst das Hamburgische Verfassungsgericht gebot ihnen Einhalt und bestätigte die Haltung der SPD, die einen Wahlkampf im Gespräch mit dem Bürger auf der Straße, an Marktständen usw. wollte und durchsetzte.

Für das auch in Hamburg brennende Problem der Arbeitsplatzsicherung hat der Senat - die Hamburger Landesregierung - im Rahmen der Möglichkeiten Maßnahmen ergriffen und Programme eingeleitet. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Sicherung von Hafearbeitsplätzen durch Flutschutzmaßnahmen sowie der Verbesserung von Hamburgs Werft-Struktur, um künftig in verstärktem Maße auch schiffbaufremde Fertigung in dieser Branche zu ermöglichen. Gezielte Maßnahmen gegen Firmenabwanderungen, von der Bereitstellung neuer Gewerbegebiete bis hin zu direkter Firmenbeteiligung durch den Hamburger Staat kennzeichnen die Senatspolitik.

Jeder jugendliche Schulabgänger in Hamburg ohne Ausbildungsplatz erhält die Möglichkeit, im Bereich beruflicher Vollzeit-Schulen Weiterbildung zu betreiben. Hamburgs Berufsschulwesen ist Nr. 1 in der Bundesrepublik.

Weitere Schwerpunkte der Senatspolitik und SPD-Programmatik liegen in der Stadterhaltung und Stadterneuerung. Die zur Zeit laufende Ausstellung "Hamburg-Bau '78" weist Wege, wie in der Großstadt auf kleinem Raum individuell gebaut werden kann.

In der Schulpolitik ist nahezu völlige Ruhe eingekehrt, nachdem das neue Schulgesetz die Wahlfreiheit der Eltern zwischen herkömmlichem dreigliedrigem Schulwesen und der Integrierten Gesamtschule eröffnet. Mit dieser Stärkung des Elternwillens ist der CDU-Opposition die schulpolitische Munition ausgegangen, wie sie auch in den anderen Bereichen weitgehend ohne Alternative operiert.

Panikmache, Miesmacherei und Verängstigung bestimmen demnach auch die Wahlkampfstrategie der Union. "Linke Träumer gefährden unsere Renten" (Arbeitsplätze, Kinder, Sicherheit o.ä.) ist der Slogan der Opposition. Genauso einfallslos ist das personalpolitische Angebot. Der CDU-Europapolitiker, Erik Blumenfeld, ist zum wiederholten Male vom Hamburger Unionsvorsitzenden Echternach für die Wahl vorgeschoben worden.

Hans-Ulrich Klose, seit gut drei Jahren im Amt als Erster Bürgermeister, erweist sich immer mehr als die Wahllokomotive der SPD. Die Bürger haben Gespür für Sachlichkeit, Augenmaß, Dynamik und politischen Weitblick. Hans-Ulrich Klose besitzt diese Eigenschaften, ohne selbstgefällig zu sein. Selbstsicher können er und die SPD allerdings auftreten: Angesichts einer erfolgreichen Politik in den vergangenen Jahren, eines realistischen Programms für die kommende Legislaturperiode und einer kläglichen Opposition hat die Hamburger SPD gute Chancen, das Ergebnis der Bürgerschaftswahl von 1974 (44,9 Prozent) zu verbessern.

(-/8.5.1978/vo-he/ja)

Aus Gesamtschulerfahrungen lernen !  
-----

Die SPD muß wieder Mut zu ihrer Konzeption bekommen

Von Dr. Joachim Lohmann

Bundesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule

Die Gesamtschule ist die Schule der demokratischen Länder. Sie besteht noch nicht oder nur im Versuchsstadium in den deutschsprachigen westlichen Ländern und in den Benelux-Staaten. In der Bundesrepublik gibt es 152 Gesamtschulen. Die erste wurde 1968 gegründet. Der diesjährige Bundeskongreß der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule, der am Wochenende in Berlin zu Ende ging, hat die internationale und die 10jährige deutsche Erfahrung mit Gesamtschulen ausgewertet. Daher lautete das Motto des Kongresses: "Gesamtschule - Schule Europas, 10 Jahre in der Bundesrepublik".

Die Gesamtschule hat stärkste Angriffe erfahren, viele sind verunsichert. Doch die schulischen und wissenschaftlichen Ergebnisse sind gut, sogar besser als man wegen der Anlaufschwierigkeiten, der schulischen Einengungen und der gesellschaftlichen Widerstände erwarten konnte.

An Gesamtschulen ist der Mittlere Abschluß für möglichst alle erreichbar geworden. Im Bundesgebiet erreichen nur 43 Prozent aller Schulabgänger allgemeinbildender Schulen mindestens die Mittlere Reife. An den Gesamtschulen sind es zwischen 66 und 80 Prozent. Die soziale Benachteiligung von Arbeiterkindern im traditionellen Schulsystem wird - bezogen auf die Mittlere Reife - an Gesamtschulen stark verringert, aber auch beim Abitur. Im traditionellen Schulsystem streben im 9. Schuljahr elf Prozent, in Gesamtschulen jedoch 27 Prozent der Arbeiterkinder die Hochschulreife an; aber auch mehr Oberschichtkinder streben an Gesamtschulen die Hochschulreife an. Der Prozentsatz steigt von 51 auf 59 Prozent.

Damit ist mehr Bildungsgleichheit durch Gesamtschule möglich, und zwar nicht zu Lasten der Leistung. Vielmehr stieg nicht nur die Intelligenz, sondern auch die Leistungsentwicklung von Leistungsschwächeren Schülern in den Gesamtschulen stark an, während bei leistungsstärkeren Schülern an Gesamtschulen kein Leistungsabfall gegenüber dem traditionellen Schulsystem eintrat.

Während die Leistungsschwächeren durch die Gesamtschule vornehmlich von der Leistungssteigerung profitieren, gewinnen die Leistungsstärkeren an Schulzufriedenheit. Die Untersuchungen von Fend, Rojl, Schorb und Weiss weisen insgesamt einheitlich nach, daß an Gesamtschulen Schulangst und Unsicherheit zurückgeht. Während die Gymnasiasten unter den traditionellen Schulformen die größte Schulangst und Unzufriedenheit aufweisen, sind diese Schüler an Gesamtschulen Schüler mit der größten Schulzufriedenheit.

Mehr Menschlichkeit in der Schule drückt sich an Gesamtschulen nicht nur in größerer Schulzufriedenheit aus, sondern auch darin, daß Mitschüler nicht nur aufgrund ihrer Leistungen beurteilt werden und daß die Gesamtschüler geringere Aggressivität gegenüber Lehrern und Mitschülern haben. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung von Bernhardt.

Mehr Gleichheit und mehr Menschlichkeit ist durch Gesamtschule möglich. Kein Wunder, daß trotz der Diffamierung die Eltern im Umkreis von Gesamtschulen dieser Schule vertrauen. Die Gesamtschulen weisen bundesweit erheblich höhere Anmeldungen auf, als sie aufnehmen können. Im Kreis Wetzlar, wo die Gesamtschule die einzige Schule ist, halten 80 Prozent von Lehrern, Eltern und Schülern diese für die beste Schulreform.

Sozialdemokraten waren die Väter des Gesamtschulgedankens und der ersten Gesamtschuldrückungen. Vorrangig ist es, daß die SPD wieder Mut zu ihrer Konzeption bekommt, über sie aufklärt und den Eltern einen Anspruch auf Gesamtschulbesuch zubilligt. Wenn wir, wie in Hamburg, den Eltern den Anspruch zuerkennen, ihr Kind auf eine Gesamtschule zu schicken, werden wir zu einer stetigen und breiten Ausdehnung der Gesamtschule in der Bundesrepublik kommen.